

Eurosystemproblem:

Als Ergänzung zu dem vorigen Beitrag ‚EU-Systemfehler‘ möchte ich aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 18.10.2025 aus der Rubrik ‚Briefe an die Herausgeber‘ und daraus der Beitrag von Christian Mayer-Laurin mit dem Titel ‚Gewaltige Transfers‘ zitieren, weil er wichtige Details in aller Kürze auf den Punkt bringt. In meinem eigenen Beitrag habe ich u.a. die Targetsalden-Problematik thematisiert und darüber hinaus auch die in den unten zitierten Ausführungen angeführte fehlende demokratische Legitimationsgrundlage der EZB thematisiert.

Nun zitiere ich den oben genannten Beitrag aus der FAZ:

„Etwas läuft gewaltig schief im Euroraum, wenn man sich die Höhe der Transferzahlungen vergegenwärtigt, die im Euroraum, von der EZB ohne parlamentarische Legitimation initiiert, von hier nach dort fließen, hervorgerufen durch Anleihekäufe und Targetsystem, wie es im von Christine Siedenbiedel vorgestellten Arbeitspapier des Stanford-Ökonomen Hanno Lustig vorgerechnet wird („Elf Prozent des BIP als Subvention für Europas Süden“, FAZ vom 11. Oktober). Ein Trost ist es nicht, wenn es am Schluss heißt, dass nicht die komplette Subvention bei den Steuerzahlern der Empfängerländer ankomme, „da ein Teil der Transfers den Banken zufließe“.

Was genau fließt den Banken zu? In den Jahren 2012 (Draghi: „whatever it takes“) bis 2022 haben die Notenbanken ihre Bilanzsummen vornehmlich durch Anleihekäufe von etwa 6000 Milliarden Euro auf bis zu 8800 Milliarden Euro ausgeweitet, die Geldmenge durch entsprechendes Anwachsen der Sichteinlagen bei den Banken des Euroraums erhöht. Das damit verbundene Ziel, den besonders stark verschuldeten Euroländern die Zinslast am Kapitalmarkt zu drücken, wurde erreicht. Die Banken konnten aber mit so viel frischem Geld schon damals nicht viel anfangen und hätten es am liebsten als Einlage der EZB wieder zurückgegeben. Dem schob die EZB zunächst einen Riegel vor, beziehungsweise sie machte es unvorteilhaft, indem sie den ökonomischen Irrsinn eines negativen Einlagezinses erfand und einführte. Schließlich soll doch das Geld bei den Banken bleiben und „die Wirtschaft ankurbeln“.

Mit der einsetzenden Inflation kam es zum Offenbarungseid. Um ihrer Herr zu werden, war eine im Eigeninteresse nicht grundlos zögerliche

EZB schließlich doch gezwungen, das viel brachliegende Geld, das sie in Umlauf gebracht hatte, schnellstens einzusammeln. Ihren Einlagenzins erhöhte sie auf zwischenzeitlich 4 Prozent, aktuell sind es noch 2 Prozent. Welchen Anteil die erzielten Zinsüberschüsse auf Einlagen bei der EZB an den gesamten, deutlich gestiegenen Zinsüberschüssen der Banken in den letzten Jahren hatten und weiterhin haben, lassen die Banken in ihrer Berichterstattung gern außen vor, wovon der Verfasser sich überzeugt hat. Die fortdauernde „Subvention“ der Banken, um es mit den Worten von Hanno Lustig zu sagen, dürfte aber auch bei dem auf zwei Prozent abgesenkten Zinssatz wegen der horrenden Summen, um die es hier geht, immer noch erheblich sein. Die bekanntgewordenen Milliardenverluste der Notenbanken, spiegelbildlich zu den plötzlichen Milliardengewinnen der Banken, sprechen eine eindeutige Sprache.“ Ende des Zitats.